

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

BI „Kein Atommüll in Ahaus“

Aktionsbündnis Stop Westcastor Jülich

Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

2. Juli 2014

Pressemitteilung

Anti-Atomkraft-Initiativen empört über Castor-Fiasco in Jülich:

„Atommüllentsorgung von Bundes- und Landesregierung gescheitert“

Konsequenzen: Neues Uranmüll-Zwischenlager in Gronau nicht eröffnen!

Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland und Jülich sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) reagieren mit Empörung auf die vom NRW-Wirtschaftsministerium angekündigte Räumung des Castor-Zwischenlagers im Forschungszentrum Jülich. Dort lagern 152 Castoren mit 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln. Jahrzehntlang ignorierten die Bundesregierung und die NRW-Landesregierung als Eigentümer des Forschungszentrums die ungelösten Probleme der sicheren Atommüllentsorgung. Nun stehen beide Regierungen vor dem Scherbenhaufen ihres politischen Versagens. „Es gibt keinen Ort, an dem der hochradioaktive Atommüll sicher entsorgt werden könnte, weder in der Leichtbauhalle des Zwischenlagers Ahaus noch in den momentan bevorzugten US-Atomanlagen – gefährliche Castor-Transporte sind definitiv keine Lösung,“ erklärte Udo Buchholz vom BBU.

Völlig unklar ist, wie ausgerechnet jetzt die Erdbebensicherheit in Jülich zum zentralen Thema wurde. Warum wurde die Erdbebensicherheit nicht untersucht, als der AVR-Hochtemperaturreaktor in Jülich noch in Betrieb war? Warum spielte das Thema auch 25 Jahre lang nach der Stilllegung des Pannereaktors keine zentrale Rolle? Hier gibt es sehr viele offene Fragen an die Atomaufsicht in der Düsseldorfer Landesregierung.

Vor dem Hintergrund des Castor-Fiskos von Jülich fordern der BBU und die Anti-Atomkraft-Initiativen von der NRW-Landesregierung, die aktuell

bevorstehende Inbetriebnahme des neuen riesigen Uranmülllagers für 60 000 Tonnen Uranoxid an der Urananreicherungsanlage Gronau zu verhindern. „Die NRW-Landesregierung darf jetzt nicht in Gronau sehenden Auges das nächste Atommüll-Desaster heraufbeschwören. Ein neues Atommüll-Zwischenlager in NRW ist unverantwortlich. Stattdessen muss die Urananreicherungsanlage Gronau stillgelegt werden, damit nicht noch mehr Atommüll produziert wird,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Die zeitlich unbefristete Uranmülllagerung in Gronau wird am jetzigen Freitag, 4. Juli, um 15 Uhr auf Antrag der Piraten Thema im Düsseldorfer Landtag sein. Die Piraten fordern eine Aussetzung der Inbetriebnahme zumindest bis die Endlagersuchkommission Ergebnisse vorlegt.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen kündigen Proteste sowohl gegen die drohenden Castor-Transporte durch NRW sowie gegen die geplante Inbetriebnahme des Uranmülllagers in Gronau an. „Die Anti-Atomkraft-Initiativen aus NRW haben schon 2012 gemeinsam die Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus verhindert, wir werden dies wieder tun, egal in welche Richtung die Castoren fahren. Und die zeitlich unbefristete Uranmülllagerung in Gronau ist eine Zumutung,“ so Heiner Möllers, Vorsitzender der BI „Kein Atommüll in Ahaus“.

Weitere Infos: www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de, www.bi-ahaus.de